

Was der Mittelstand am meisten hasst

Die Klein- und Mittelunternehmen leiden unter der steuerlichen Benachteiligung von Einzelunternehmen gegenüber Kapitalgesellschaften. Zusätzlich führt die Möglichkeit von Konzernen, internationale Steuer-schlupflöcher zu nutzen, zu Wettbewerbsverzerrungen. Auch die globale Mindeststeuer von 15% für Konzerne kommt nicht und nicht auf den Weg. Den Mittelstand schmerzt auch, bei der Aufnahme von Kapital und Personal gegenüber Großunternehmen und der öffentlichen Hand den Kürzeren zu ziehen, obwohl er gerade jetzt für seine Investitionen Geld braucht und für seine Jobs händeringend Fachkräfte sucht

Jede Regierung hat bisher der Überbürokratisierung den Kampf angesagt, aber der Mittelstand steht heute weiterhin fassungslos vor noch mehr Auflagen

Was der Mittelstand aber am meisten hasst, ist die täglich an seinem Kapital und seinem Zeit-Budget nagende Bürokratie. Sie kostet ihn schlaflose Nächte, verursacht Angst davor, kriminalisiert zu werden, führt ihm Tag für Tag vor Augen, wie viel Geld, Arbeitsschwung und auch Mitarbeitermotivation sein Unternehmen durch sie verliert. In unserer letzten Lobby der Mitte-Umfrage nannten die befragten KMU Bürokratie als Problem Nr.1. Gegenüber offiziellen Erhebungen, die durchschnittlich von "nur" rund 250 Stunden pro Jahr Zeitaufwand für Finanzamt, Behörden und Statistik sprechen, reden viele KMU von mindestens einem Tag Aufwand pro Woche, wenn man die Auflagen des ArbeitnehmerInnen-Schutzgesetzes zur Bürokratie dazurechnet. Auch die als Beschränkung der großen "Datenkraken"-Konzerne gelobte Datenschutzverordnung hat nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt und belastet vor allem KMU.

Schein-Verbesserungen und unerfüllte Verbesserungen

Unter dem Titel "Abbau regulatorischer Hürden und Verbesserung des Marktzugangs" schrieb das Wirtschaftsministerium in seinem letzten "KMU im Fokus" - früher "Mittelstandsbericht" genannt - dass die KMU aufgrund ihrer begrenzten Ressourcen überproportional stark

von administrativen Belastungen – wie etwa zur Einhaltung von Regelungen und Verwaltungsvorschriften – betroffen sind. Wie wahr! Als Maßnahmen



der Regierung zur Reduktion von administrativen und sonstigen Belastungen für KMU wurden genannt: Ein Deregulierungspaket mit der Einführung des "Grace-Period-Gesetzes", welches eine Erleichterung bei Betriebsübergaben schaffen soll. Weiters wurden Ausbau



Wolfgang Lusak

Unternehmensberater & Lobby-Coach in allen Branchen, besonders für digital-nachhaltige Innovationen und Kooperationen www.lusak.at und Gründer der unabhängigen Mittelstands-Plattform

www.lobbydermitte.at

und Anwendung eines "Once Only" Systems versprochen, wodurch Daten für die öffentliche Hand von Unternehmen nur einmalig zur Verfügung gestellt werden müssen.

Nach einer kurzen Rückfrage unter KMU war klar, dass für sie keine dieser Vorhaben oder Maßnahmen spürbar wurde. Auch früher beschlossene Gesetze im Bereich Deregulierung blieben zahnlos oder versandeten. Die Lobby der Mitte hatte gemeinsam mit Senat der Wirtschaft und dem Gewerbeverein vor einem Jahr einen Vorschlag gemacht, nämlich die Installierung von „Bürokratie-Scouts“ für Unternehmen. Diese sollten die fachlichen Qualitäten eines Volksanwalts, Standortanwalts und Wirtschafts-Anwalts in sich verbinden, sollten eingreifen dürfen, wenn Sinnhaftigkeit, Verhältnismäßigkeit und Wirtschaftlichkeit von Gesetzen nicht einsichtig sind, und sollten auch neuerliche Begutachtungs-Verfahren für Gesetze einleiten können sowie einen „One-Stop-Shop“ für Bürokratie-Fragen entwickeln. All das wurde leider von der Politik ignoriert. Dabei bräuchte weniger Bürokratie Standortvorteile, mehr Luft für Kreativität und Wachstum, mehr Rechtssicherheit, echte Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung. Jede Regierung hat bisher der Überbürokratisierung den Kampf angesagt, aber der Mittelstand steht heute weiterhin fassungslos vor noch mehr Auflagen. Zum Schaden der Steuereinnahmen, der Arbeitsplätze und der Nachhaltigkeit.

Fotografie: Lusak / Senat der Wirtschaft

Um die täglichen Sorgen der KMU aus erster Hand erfassen zu können, haben wir den Geschäftsführer der Treppen-Großtischlerei Schrenk, Stefan Schrenk aus dem Waldviertel, zum Interview gebeten.

Das Interview wurde von Wolfgang Lusak, Lobby der Mitte, geführt.



Stefan Schrenk

Tischlereiunternehmer, Holztreppe- & Türen-Erzeuger, „Plugin“-Kleinhausbauer, Lean-Bautischler, Holzbau-Innovator und vieles mehr

www.schrenk.co.at



Was sind für Euch die unbegreiflichsten Bürokratie-Belastungen?

SS: „Alles, was die Mitarbeiter betrifft. Um Mitarbeiter halten bzw. gewinnen zu können, reicht nicht nur eine 4-Tage-Woche - mit maximaler Tagesarbeitszeit - es geht um viel mehr: Vereinbarkeit von Familienleben, Freizeit und Beruf. Das wäre eigentlich kein Problem, allein die Vorschriften machen das unmöglich. Wir Mittelstandsbetriebe sind keine Ausbeuter, haben einen familiären Führungsstil, wollen die Arbeitsplätze so attraktiv wie möglich gestalten. Aber wenn ein Mitarbeiter im eigenen Interesse und im Firmeninteresse, gerne und von sich aus, an einem Tag länger arbeiten will, dann darf er das schlichtweg nicht. Bei uns gibt es sogar auch Menschen, die gerne mehr als 40 Stunden und/oder am Sonntag arbeiten würden. Die beengenden Regelungen sollten für Konzerne gelten, die ihre Mitarbeiter tatsächlich ausbeuten.“

Das ArbeitnehmerInnen-Schutzgesetz ist für uns eine riesige Leistungs-Bremse. Darin wird der Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen geregelt, die Belastungen durch Arbeitsvorgänge, die Einwirkungen von Staub, Hitze, Lärm. Alles OK. Aber wir Unternehmen werden zusätzlich zur selbstverständlichen Gefahrenverhütung dazu verpflichtet, spezielle Konzepte und Evaluierungen zu erstellen, müssen Spezialbeauftragte für diverse Themen ausbilden und installieren. Für jedes Thema wie Sicherheit, Unfall-Prävention, Arbeitsplatzgestaltung, Unterweisung, Erste Hilfe, Brandschutz, und vieles mehr. Das ist zu



viell! Mir wird schlecht, wenn ich daran denke, wie viel an Leistungsfähigkeit dadurch dem Betrieb verloren geht.“

Aber gibt es andererseits nicht auch gute Förderungen?

SS: „Es ist der totale Wahnsinn, einen Förderantrag für sämtliche Innovationen zu formulieren, um dann schlussendlich eine Absage zu bekommen. Weil z.B. die „Firma zu groß“, die „Firma zu klein“, nicht „innovativ genug“ oder „zu innovativ für den Markt“ sei. Auf der anderen Seite werden richtig hohe Beträge an Corona- und Energiezuschüssen mit der Gießkanne verschüttet. Da profitieren in vielen Fällen dann jene Betriebe, die sich in den letzten Jahren mit billiger, fossiler Energie versorgt und keine Maßnahmen für die Zukunft gesetzt haben - weil sie jetzt endlich auch nachhaltiger werden.“

Wie wirkt sich das auf die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit Eures Unternehmens aus?

SS: „Wir lassen uns seit vielen Jahren nicht unterkriegen und arbeiten mit viel Herzblut und Elan an den zukunftsorientierten Aufgaben. Wir schaffen auch

trotz der Blockaden der Bürokratie eine Weiterentwicklung – zwar langsam aber stetig! Ich versuche, mich auch so gut es geht von Bürokratie und Politik fernzuhalten, um mir nicht das Feuer löschen zu lassen.“

Was sollte zuerst geändert werden?

SS: „Überholte Gesetze ausmustern, anstatt immer neue Vorschriften einzuführen. Die Frage soll sein, ob Kunden und Konsumenten davon profitieren. Was kann dabei helfen, ein zukunftsfähiges, nachhaltiges, ökologisch sinnvolles Produkt besser zu machen, den Kundennutzen zu erhöhen.“

Ein Beispiel: die 15 Minuten, die mein Kundenberater mit Zeiterfassung, Kilometerabrechnung, Diätenlisten etc. täglich verbringt - was aber dann auch in die Lohnabrechnung eingegeben werden muss – ist Zeitverschwendung. Es hilft auch nicht, diesen Prozess zu digitalisieren, denn ein digitaler Prozess, der nicht den Kundennutzen verbessert, ist ein unnötiger!“